

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei ihrer Zustellung im Haus für Deutschland 2,50 M. bei Postumschlag eine Vierteljährlich monatlich 2 M. bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern des Kulturjahres für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsverleger: Ernst Nordens 2895 und 2896.

Interate fallen die abgabepflichtigen Beiträge über deren Raum 75 Pf. „Meine Angelegenheiten“ das festgedruckte Wort 40 Pf. jedes weitere Wort 20 Pf. Anzeigenaufschlag 50 %. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsverleger: Ernst Nordens 2895 und 2896.



Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 13. Februar 1919

Nummer 79

Die Entlarvung der Mörder.

Das Eingeständnis.

Trotz „Kriegsgericht“ ist die Wahrheit im Falle Liebknecht und Rosa Luxemburg doch an den Tag gekommen. Die hochgestellten Mörder hatten alles getan, um die Spuren ihrer Schandtaten zu verwischen. Sie haben den Mord so fein eingekleidet, daß die Leiche Rosa Luxemburgs auch heute noch nicht gefunden ist. Aber alle Vertuschungsversuche nützen nichts. Selbst die Tatsache, daß das von allen, denen ehrlich an der Aufklärung der Schuldfrage gelegen ist, von vornherein wegen Gefahr der Verschleppung und der Verschleierung abgelehnte Kriegsgericht die Untersuchung geführt hat, hat nicht verhindert, können, daß die Mörder und ihre unmittelbaren Helfershelfer jetzt allen bekannt sind. Auf die bestimmten Anklagen der „Roten Fahne“ weiß die bürgerliche Presse nichts zu antworten. Die meisten Zeitungen schweigen. Aber auch die sonst so redselige Garde-Kavallerie-Schützen-Division hat nur eine sehr verlegene Antwort zustande gebracht. Die Mordtat und die Mörder stehen fest. Fest steht aber auch weiter, daß das Kriegsgericht nicht imstande war oder nicht wollte, die Schuldigen mit fester Hand zu ergreifen. Die Antwort des Truppenteils der Mörder zeigt, wie das Kriegsgericht bisher gearbeitet hat. Nach seiner eigenen Darstellung hat es bisher nur die Untersuchung „eingeleitet“.

Mit dieser Antwort äußert selbst der „Vorwärts“ seine Unzufriedenheit. Aber auch jetzt, wo die Schuld der Mörder und ihre Inanspruchnahme durch das Kriegsgericht unzweifelhaft feststeht, wagt er es nicht, die Forderungen nach der unparteiischen Untersuchungskommission, gebildet aus den Anhängern der verschiedenen sozialistischen Parteien, zu erheben. Geuchlerisch fragt er:

„Ist auch nur ein kleiner Teil dessen wahr, was die „Rote Fahne“ über das Verhalten der Offiziere behauptet, so wäre dem ganzen Volke unverständlich, warum gegen diese noch kein Haftbefehl erlassen worden ist.“

Die Schuld daran, daß die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs immer noch frei herumlaufen, trifft den „Vorwärts“ und die Regierung. Im Namen der Regierung hat Landsberg die Forderung nach dem Untersuchungsgericht mit den fadenscheinigsten Gründen abgelehnt, obwohl nie der geringste Zweifel daran bestand, daß das Kriegsgericht wohl die Spuren der Mörder vertuschen, aber nicht ihre Bestrafung vornehmen werde. Wenn die Schuldigen entkommen, wenn der schändliche Mord ungesühnt bleibt, so wird die Arbeiterklasse der ganzen Welt dafür stets diejenigen verantwortlich machen, die die Untersuchung durch eine unparteiische Kommission verhinderten.

Regierungserklärungen.

Heute beginnt in Weimar die politische Debatte, bei der man aus der Rede Scheidemanns einiges Nähere über das sogenannte Aktionsprogramm der Regierung erfahren soll. Unterdessen werden nach alter schlechter Manier einzelnen Blättern Mitteilungen über dieses Programm gemacht. Selbst wenn man den Worten der Regierung mehr Vertrauen entgegenbringen könnte, lohnt es sich nicht, auf die mitgeteilten Allgemeinheiten einzugehen.

Dasselbe gilt von einer Ansprache, die Herr Ebert an Pressevertreter gerichtet hat. Herr Ebert hielt eine große Rede für die Pressefreiheit, zu der höchstens zu bemerken ist, daß die Regierung dafür sorgen möge, daß auch die wirklich oppositionelle Presse, nämlich die der Unabhängigen Sozialdemokratie, nicht durch das sehr einfache und bequeme Mittel zu geringer Papierlieferung in ihrer Ausbreitung behindert werde. Er teilte weiter mit, daß die neue Regierung die Ausgabe haben werde, den Frieden zu sichern und die Verfassung zu beschließen. Ja, daß sogar

die „sozialistischen Ideale“ das Regierungsprogramm „wesentlich beeinflusst“ haben.

Herr Georg Bernhard, der Direktor der Ullstein-Presse und Haupteinwickler des U-Boot-Krieges, antwortete sehr befriedigt und schloß mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten, worauf Herr Ebert nochmals versicherte, daß er den Schutz der Presse und Meinungsfreiheit als seine höchste Aufgabe ansehen werde.

So weit, so gut. Wir möchten aber heute schon der Meinung Ausdruck geben, daß politische Reden zu halten und Regierungsprogramme zu entwerfen nicht Sache des Reichspräsidenten ist. Das ist Aufgabe des Ministerpräsidenten und der Regierung. Dem Reichspräsidenten liegen im wesentlichen die Repräsentationspflichten ob. Wir möchten gleich im Anfang den Reichspräsidenten vor Ueberschreitung seiner Kompetenzen warnen. Wir können in keiner Form ein persönliches Regiment brauchen.

Immer wieder Todesopfer.

Bei dem bereits gemeldeten Zusammenstoß mit Arbeitlosen in Breslau, die auf einem Demonstrationzuge zwei wegen angeblichen Landesverrats in Untersuchungshaft sitzende unabhängige Genossen mit Gewalt zu befreien suchten, gab es im Kampfe mit der „Sicherheitswehr“, die mit Maschinengewehren in die Menge schloß, 15 Tote und 20 Schwerverwundete.

Auch in Duisburg kam es zu Unruhen. Demonstrationen drängen in das Rathaus ein, wobei der Oberbürgermeister und der Baurat direktor angeblich mißhandelt und gezwungen wurden, im Zuge mitzugehen und abwechselnd eine mitgeführte rote Fahne zu tragen. Später wurden die Beamten wieder freigelassen. Der Straßenbahnverkehr kam auf einige Stunden zum Stillstand. Das Gerichtsgelände wurde von den Demonstranten gestürmt. Die Sicherheitswehr machte von der Waffe Gebrauch, wobei ein fünfzigjähriger Mann durch einen Brustschuß schwer, eine Frau leicht verletzt wurde.

Kadets Verhaftung.

Die Berliner Presse schildert in allen Sensationsfarben die Verhaftung Kadets, des angeblichen Leiters der „Kuhnenpropaganda der bolschewistischen Sowjetregierung“. Kadet, der sich, wie jetzt behauptet wird, in Berlin bei einem befreundeten Arzt unter dem Namen Dr. Werker ausblüht, wurde in einer Hinterhauswohnung in Charlottenburg von Kriminalbeamten festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert. Mit ihm ist auch seine Sekretärin Lina Becker und seine Stenotypistin verhaftet worden. In der Wohnung wurden Geld, Akten und Briefschaften beschlagnahmt. Obwohl sie noch nicht geurteilt sind, lobt die bürgerliche Presse bereits von aufgedeckten Frühjahrspartien neuer Spartakusputsche in Berlin usw.

Die Kriminalpolizei hat so nun die auf Kadets Erbreitung ausgelegten 20 000 Mark „verdient“. Der Gang und das Ergebnis der Untersuchung bleibt nun abzuwarten. Daß wir kein großes Vertrauen in sie zu setzen vermögen, wird man nach den überaus traurigen Erfahrungen im Falle Liebknecht-Luxemburg begreiflich finden. Wie die Dinge auch liegen mögen, darf entgegen aller antibolschewistischen Hebe keinesfalls außer acht bleiben, daß man es mit einem Ausländer und Vertreter der russischen Sowjetregierung auf deutschem Boden zu tun hat, was seine besonderen Konsequenzen haben kann.

Die französischen Kriegsverluste.

Bern, 12. Februar. Der „Tempo“ beziffert die französischen Menschenverluste, die durch den Krieg entstanden sind, auf zwei Millionen. Es sind in dieser Berechnung die französischen Kriegsverluste mit 1,4 Millionen an Toten und Vermissten und der Ausfall an Männergeburten mit 600 000 veranschlagt. Im Jahre 1913 betrug der Geburtenüberschuss 17 300, im Jahre 1917 der Ausfall 280 888. Insgesamt betrug der Ueberschuss an Toten bei beiden Geschlechtern während der vier Kriegsjahre 888 160.

Die Berner Konferenz.

Die Internationale sozialistische Konferenz, die vom 3. bis 10. dieses Monats in Bern gelagt hat, ist in der deutschen Öffentlichkeit weniger beachtet worden, als man das bei der Wichtigkeit der Veranstaltung hätte erwarten können. Das liegt wohl an der Geispanntheit der inneren Lage, an dem größeren Schwung der proletarischen Revolution in Deutschland. Man hat vielleicht große, zündende Parolen aus Bern erwartet, Parolen, die der internationalen Revolution voranleuchten sollten, und man ist einigermaßen enttäuscht, daß die recht dürftigen und sehr gefährlichen Berichte, die wir empfangen, mehr Zeugnis ablegen für staatsmännische Behutsamkeit und diplomatische Rücksicht auf die internationale Lage, als für rücksichtsloses Draufgängertum unter dem Banner der sozialen Revolution.

So begreiflich derartige Bestimmungen sind, wäre es dennoch verfehlt, sich bei der Beurteilung der Berner Konferenz nur von ihnen leiten zu lassen. Auch die sehr unzufriedenstellende internationale Konferenz war etwas Unfertiges, war eher eine Improvisation, als das Ergebnis planmäßiger Vorbereitung in den verschiedenen Ländern. Die Konferenz war nicht anders als eine Improvisation sein, denn der Stand der internationalen proletarischen Bewegung ist nicht so, daß heute schon von einer einheitlichen proletarischen Front, von einheitlichen Zielen und einheitlichen Stimpfen gesprochen werden kann.

Wir sehen Länder, in denen nach der militärischen Niederlage gewaltige revolutionäre Erschütterungen stattgefunden haben, die freie Bahn eröffneten für den Sieg der sozialistischen Parteien. Wir sehen aber auch Länder, in denen die proletarische Bewegung erst in ihren Anfängen steht, Länder mit ungebrochener staatslicher und militarischer Kraft, in denen die Arbeiterparteien erst beim Beginn der mühevollen Tätigkeit sind, die imperialistischen Kräfte zurückzudrängen und den Anspruch der Arbeiter auf eine Liquidation des Krieges im Sinne der Demokratie und des Sozialismus durchzusetzen. Es ist klar, wenn die Vertreter dieser beiden Gruppen von Ländern sich zum ersten Mal nach dem brüdermörderischen Kriege zusammensetzen, nicht Fragen der gemeinsamen Taktik bei den inneren Kämpfen, sondern Fragen des Krieges und des Friedens im Vordergrund der Verhandlungen stehen müssen.

Unter diesem Gesichtspunkte muß die Berner Konferenz gewertet werden. Als wichtigste praktische Frage stand die Frage auf der Tagesordnung, wie, in welchem Sinne, mit welchen Mitteln die Berliner Konferenz der alliierten Regierungen beeinflusst werden könnte. Es galt, Brücken zu schlagen von hüben und drüben, um den imperialistischen Kräften, die in Paris am Werke sind, einen machtvollen Block der Arbeiterparteien aller Länder entgegenzustellen. Es galt, klar und deutlich Stellung zu nehmen zu den Fragen des Völkerbundes, der Abrüstung, der territorialen Neuverteilung Europas. Es galt mit einem Wort das ganze Gewicht der Arbeiterinternationalen in die Waagschale zu werfen, um in dem Kampf der Strömungen und Richtungen, die sich in den Entente-Ländern in der Friedensfrage bemerkbar machen, jede Richtung zu stärken und vorwärts zu treiben, die den Interessen des internationalen Proletariats und den Interessen der Demokratie am ehesten entspricht.

Dieser Aufgabe hat die Internationale Konferenz den größten Teil ihrer Arbeiten gewidmet. In ihren Resolutionen über den Völkerbund und über die territorialen Fragen hat sie den Standpunkt des internationalen Proletariats klar und deutlich formuliert und eine gemeinsame Basis für das Zusammenwirken der Arbeiterklassen in den bisher feindlichen Ländern geschaffen. Die Proletarier der Ententeländer haben den Proletariern der Mittelmächte die Hand entgegengehalten, sie haben sich zusammengefunden in dem Bekenntnis zur gemeinsamen Abwehr des Imperialismus und Militarismus, in dem Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen und zum Wiederaufbau der Welt nach den Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus.

Bevor die Einigung in diesen Fragen gefunden wurde, fanden eingehende und oft recht stürmische Debatten über

Die Schuldfrage. Als Angeklagte lagen die Vertreter der deutschen Mehrheitspartei vor Gericht, denen ihre Unterstützung der deutschen Regierungspolitik, die den Krieg entzündet hatte, ihre Preisgabe aller sozialistischen Grundzüge mit aller Deutlichkeit vorgehalten wurde. Der deutsche Delegierte Wels versuchte zwar anfangs einen Disjunctivzugunsten seiner Partei. Er verstand aber sehr bald von der Bildfläche, als die Wirkung seiner provozierenden Rede offenbar wurde, und sein geistiger Kollege Hermann Müller versuchte, vorsichtiger und diplomatischer als Wels, sich ohne Verluste vom Feinde zu lösen und auf die rückwärtigen Positionen zurückzuziehen. Nach der Kasse von Wels kamen die Chamaden von Müller, die schon ganz anders klangen, als die entsetzenden Äußerungen dieses braven Kämpfers im Sommer 1917 in Stockholm. — damals, als noch der deutsche Militarismus siegreich war und dementsprechend die deutsche Mehrheitspartei Anteil haben wollte an dem Siege des deutschen Imperialismus. Was jetzt von den deutschen Mehrheitsdelegierten erklärt wurde, war die völlige Preisgabe ihres damaligen Standpunktes, war ein Versuch, sich zu rechtfertigen unter Hinweis auf ihre angeblichen Verdienste um die deutsche Revolution und auf die Verpflichtungen, die sie für die Zukunft übernommen hätten.

Moralisch hat die Mehrheitspartei eine unabweisliche Niederlage erlitten. Wenn sie schließlich in die Internationale aufgenommen wurden, so ist das dem Bestreben der englischen und französischen Genossen anzuschreiben, die auf alle Fälle einen Bruch vermeiden wollten, der einen Teil des deutschen Proletariats außerhalb der internationalen Gemeinschaft gestellt hätte. Es leitete sie dabei wohl die Erwägung, daß jeder neuen nationalstaatlichen Variation der Boden entzogen werden müßte. Von ihrem Standpunkt war es zugleich eine skroffe Abgabe an den Nationalismus in ihren eigenen Ländern, was durchaus anerkannt werden muß. Ueber den Charakter der rechtssozialistischen Führung selbst haben sie sich wohl keiner Täuschung hingeegeben. Uns leitet nicht das Vertrauen zu euch, sondern das zu den Massen, die hinter euch stehen, dieses Wort eines französischen Genossen erklärt ihre Stellungnahme.

Es war nicht sehr erfreulich, die Auseinandersetzungen zu verfolgen, die sich zwischen den deutschen Mehrheitsparteiern und ihrem französischen Gesinnungsgenossen Albert Thomaz über die Schuldfrage entspannen. Mit Recht wies Genosse Friedrich Adler darauf hin, daß die Sozialpatrioten aller Länder allesamt Sünder seien und sich nichts vorzuwerfen hätten. Er ließ aber dennoch keinen Zweifel darüber bestehen, daß er, ebenso wie Kautsky und Eisner, die Hauptschuld am Kriege den Mittelmächten zuweisen müsse. Darüber hinaus formulierte er den Standpunkt der revolutionären Internationalisten in den Fragen der inneren und äußeren Politik. Er war einer von den wenigen Rednern auf der Konferenz, die, unter Ablehnung jeder schädlichen Abstinenz- und Sektendebatte, die Debatte auf das Niveau einer größeren Grundabsicht hoben und den Standpunkt des linken Flügels der Internationale zur Geltung brachten. Wenn Kautsky und Eisner mit ihren Darlegungen den Geist und das Wirken der arbeitslosen deutschen Sozialdemokratie vor der Internationale zum Ausdruck brachten und damit erst den Boden für die gemeinsame Zusammenarbeit mit den Engländern und Franzosen schufen, so war es Adler, der aus der Enge der zur Erörterung stehenden praktischen Fragen Ausblicke auf die künftigen Kämpfe des internationalen Proletariats eröffnete.

Alles in allem kann gesagt werden: Die Berner Konferenz war ein Anfang. Ein Anfang des beginnenden Zusammenstießes des internationalen Proletariats, ein Anfang, belastet mit dem Fluch der 40-jährigen Rerissenheit und Entfremdung des Proletariats, bedrückt durch die Kräfte der zu lösenden Probleme, eingeeignet durch die drohende voneinander abweichenden Kampfbewegungen in den Ländern der Entente und der Mittelmächte. Dieser Anfang entspricht in vielem nicht dem, was die revolutionären Arbeiter in allen Ländern von der internationalen Konferenz erwarten haben. Er wird aber für alle sozialistischen Parteien als Anregung dienen, die bisherige Schwächlichkeit und Gleichgültigkeit in internationalen Fragen abzulegen und durch energische Vorarbeit in allen Ländern den Grundstein zu legen für die neue Internationale, die erfüllt sein muß von revolutionärer Tatkraft und energischem zielbewussten Willen.

Internationale Kommission.

Bern, 12. Februar. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Die in der internationalen Sozialistenkonferenz ernannte Kommission, die die Ausführung der Beschlüsse zu überwachen hat, setzt sich wie folgt zusammen: Branting, Henderson und Putschmann. Berner gehören der Kommission an: Renaudel, Longuet (Frankreich), Bunting, MacDonald (England), Rarua (Schweiz), Müller und Kautsky (Deutschland), Adler und Seliger (Österreich), Kersnowski und Kuristy (Polen), Wachner (Ungarn), Troelstra und Wiscut (Holland) und Vertreter anderer Länder.

Die Kommission, die anschließend an der Konferenz ihre erste Sitzung abhielt, bestimmte die Abfertigung einer Kommission zur Friedenskonferenz in Paris, die sich aus dem Vollzugsausschuß sowie den Mitgliedern Renaudel, Longuet, Choin, Thomas, Bunting und MacDonald zusammensetzt und in Paris die Wünsche und Beschlüsse der Sozialistenkonferenz überbringen soll.

Die ständige Kommission wird in Paris verbleiben, um die Ausführung der Beschlüsse der Konferenz sowie den Fortgang der Friedensverhandlungen zu überwachen.

Zugleich wird das Sekretariat, das von Duzmanns geführt wird, provisorisch nach Amsterdam verlegt.

Berner bestimmte die Konferenz eine Kommission für Rußland. Die Kommission nahm darauf in der ersten Sitzung eine Resolution an, die sich gegen die Bogrome in Polen und der Ukraine wendet und die Aufrechterhaltung aller Länder auf diese Bogrome hinlenkt und sie energisch bekämpft.

Politische Nachrichten.

Das Mandat Eberis. Infolge seiner Wahl zum Reichspräsidenten scheidet Eberit aus der Nationalversammlung aus. In der Lücke seines Wahlkreises (Tschow-Pecslow) rückt an Eberis Stelle der Metallarbeiter Franz Thurum.

Der bayrische Landtag ist zum Freitag, den 21. Februar, nach München einberufen worden.

Gewerkschaftliches.

Schutz der Arbeitswilligen.

Bei dem jetzigen Streik der Handelsangeestellten wird nach allem Ansehen auch der Schutz der Arbeitswilligen in erste Linie gestellt, ganz wie früher. Man geht nur noch weiter wie früher. Man lese nur folgendes Rundtelegramm der Kommandantur:

Station Sm. IV. Militär-Telegraphenabteilung Berlin. Angenommen 2,40 Minuten nachmittags, aufgenommen am 12. II. 4 Uhr nachmittags durch Kawohl Sprechnummer 768 aus Berlin Nr. — An I. und II. V. a b XII a b Gm. In vielen großen Detailgeschäften streifen jugendliche Angestellte und verhindern die arbeitswillige Mehrheit am Beitreten der Geschäfte. Die Truppenteile und Depots bezw. Schutztruppe haben in ihren Sicherungsschnitten gen. Kommandanturbefehl Persf. 6210 vom 29. Januar 1919 nach Anforderung durch die Polizei durch starke Patrouillen jede Ansammlung auf der Straße und Ausschreitungen zu verhindern. Kommandantur Berlin.

Also Schutz der Arbeitswilligen durch Militär. Velleicht läßt die Postgarde ein Duzend Maschinengewehre auffahren!

Lohnbewegung der Bäcker.

Eine gestern abend im Gewerkschaftshaus togende öffentliche Versammlung der Bäcker, die außerordentlich stark besucht war, beschäftigte sich mit der Lage des Berufes. Sämtliche Redner lobten dar, daß die bisher gezahlten Löhne angesichts der herrschenden Teuerung unzureichend seien. Sie forderten, daß sofort in eine Lohnbewegung eingetreten werde. Paris und Heßhold von der Verbandsleitung erklärten, daß sie gegen eine Lohnbewegung nichts einzuwenden hätten, da durch die Forderungen, die sich in vernünftigen Bahnen bewegen, die Allgemeinheit dadurch nicht geschädigt würde. Heßhold wies darauf hin, daß durch den von der Verbandsleitung durchgeführten Rodus der Mehrerteilung die Arbeitszeit bedeutend vergrößert, die Arbeitslosigkeit im Bäckereibetriebe erheblich gemindert worden sei.

Nach langer Debatte wurde beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Versammlung wählte eine Kommission, die in Gemeinschaft mit der Verbandsleitung Verhandlungen mit den Unternehmern anzuhängen soll. Die Grundlage der Verhandlungen bildet die Forderung, daß in den Betrieben, wo der Lohn jetzt 75 Mark betrage, er auf 110 Mark, bei größeren, leistungsfähigeren Betrieben auf 120 Mark erhöht werde.

Groß-Berlin.

Entwurf zu einer Musterbauordnung.

Das Fehlen einer einheitlichen Baugesetzgebung wird längst in weiten Kreisen als nachteilig empfunden. Die bau- und polizeilichen Vorschriften weichen in den einzelnen Landes- und Provinzialteilen ohne Grund stark voneinander ab und weisen selbst auf den Gebieten, für die sich eine einheitliche Behandlung in der Praxis schon herausgebildet hat, verschiedenartige Fassungen auf, so daß die Uebersichtlichkeit sehr erschwert ist. Um diesem Mangel zu steuern und die Gemeindefürsorge zu erleichtern, hat der Staatskommissar für das Wohnungswesen vor kurzem einen Entwurf zu einer Musterbauordnung für Städte, Landgemeinden mit städtischer Entwicklung und Vororte größerer Städte auszuarbeiten lassen, der zur Zeit den zuständigen Stellen zur Begutachtung vorliegt. Der Entwurf strebt eine Einheitlichkeit in der Anordnung des Stoffes und in der Fassung sich gleichlautender formeller Bestimmungen an. Um die Gefahr einer Schablonisierung zu vermeiden und den Unterschieden Rechnung zu tragen, die durch örtliche Baugesetze, durch klimatische und besondere wirtschaftliche Verhältnisse gegeben sind, sind bei den einzelnen Abschnitten Lücken vorgegeben, in denen Zuläge oder Änderungen leicht unterzubringen sind, ohne daß die Anordnung des Stoffes dadurch geändert zu werden braucht. Die Gesichtspunkte, nach denen diese Ergänzungen nach örtlichen Verhältnissen vorgenommen werden sollen, sind in der beigefügten Anweisung kurz dargelegt. In technischer Hinsicht sind die Vorschriften des neuen Entwurfs auf den Flachbau zugeschnitten. Sie gehen von den Bedingungen des Mittel- und Kleinhauses aus und lassen es offen, für das Großhaus gesteigerte Anforderungen zu stellen. Das ist ein bemerkenswerter Fortschritt gegenüber den bisherigen Vorschriften, in denen die Bestimmungen für das Großhaus zugrunde gelegt waren und für das Kleinhaus nur gewisse Erleichterungen zugelassen wurden.

Aus einem Lazarett.

Von dem Geist einer neuen Zeit, die Freiheit und Gleichberechtigung jedes Menschen verkündet, ist in den Militärbehörden immer noch nichts zu spüren. Der lange Krieg mit seinen demoralisierenden Besatzerscheinungen hat das forumpierende System der Günstlingswirtschaft so sehr verankert, daß es überall eines eisernen Fesens und eines kräftigen Armes bedarf, um mit ihm aufzuräumen. Daran fehlt es aber noch allzu sehr. Denn diejenigen, die an der Beseitigung des korrupten Systems ein Interesse haben, besitzen meist nicht den nötigen Einfluß und die erforderliche Kraft, um es mit Stumpf und Stiel austrotten zu können. Dies gilt insbesondere von den Lazaretten. Die Verwundeten, deren Kerven durch einen jahrelangen furchtbaren Krieg und längere Krankheit sehr geschwächt sind, vermögen naturgemäß nicht die nötige Energie aufzubringen, um sich gegen die Ungerechtigkeiten, unter denen sie durch die Günstlingswirtschaft der Borgeführten zu leiden haben, zur Wehr zu setzen. Da für liefern die Zustände, die in dem Vereinslazarett Bethanien herrschen, ein Beispiel, das auch für die übrigen Lazarette typisch sein dürfte.

Drei schalten und walten drei Unteroffiziere, zwei Polizeiunteroffiziere P und B, und ein Rechnungsführer, ganz nach den bekannten und verächtlichen Methoden des alten Regimes. Sind sie ihnen, die zwei Jahre und teilweise noch länger hier tätig sind, doch zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen, als daß sie sich davon befreien könnten. Drei Geschäftsführer zur Erleichterung der militärischen Angelegenheiten von 80 Verwundeten wählen, sollte man meinen, reichlich genug sein. Trotzdem läßt die Ordnung in der militärischen Verwaltung, besonders in der Kammer, sehr viel zu wünschen übrig. Wundert wird man sich indessen darüber nicht, wenn man erfährt, daß die Unteroffiziere fast die meiste Zeit ihres Dienstes außerhalb des Hauses zur Beforgung persönlicher Angelegenheiten verbringen. Diese Herren benutzen ihre Pöten nach wie vor, um sich persönliche Vorteile auf Kosten ihrer hilflosen verwundeten Kameraden zu verschaffen. Es handelt sich hier in den einzelnen Fällen oft um Kleinliche

Dinge, die aber durch ihre lange Reihe sehr schädigend auf die Soldaten wirken. So beanspruchen die Herren Unteroffiziere für sich mehr Kleidungsgeld, als ihnen zukommt. Die von der Großen Berliner Straßenbahn den Verwundeten gespendeten Freifahrtsscheine gelangen gewöhnlich nur zur Hälfte zur Verteilung an die Soldaten. Und hierbei werden in der Hauptsache nur die Berücksichtigten, die sich dem Unteroffizier in irgendeiner Art erkenntlich zeigen, sei es auch nur durch Beforgung billiger Zigaretten oder persönlicher Gänge. Selbst der Sanitätsrat S., der gegenwärtig nicht mehr im Amte ist, ließ erkennen, daß er ein großer Freund von recht billigen Zigaretten sei, die ihm die Urlaubsgewährung bedeutend erleichtern helfen.

Ist die schiefe Ebene der Günstlingswirtschaft einmal beschritten, so führt sie auch bald zu direkt strafbaren Handlungen. Der Verwundete J. ist bereits seit dreiviertel Jahren und der Verwundete D. seit einem Vierteljahr als entlassen geschrieben; sie gehen aber noch im Lazarett ein und aus und werden auch noch als Kranke geführt. Als Lebensmittellieferanten erfreuen sie sich einer besonderen Günst der Borgeführten.

Einen Verwundeten, der es unternommen hatte, gegen die Ungerechtigkeiten anzukämpfen, ist es übel bekommen. Er sollte sofort hinausgeworfen werden. Der frühere amtierende Sanitätsrat S. hatte seine Entlassung verweigert, die Wunde sei geheilt und im Revier könne sie weiter behandelt werden, schrieb er auf den Schein — ohne aber den Patienten und die Wunde gesehen zu haben. — Als sich dieser zur Wehr setzte, konnte man nicht umhin, ihn zu behalten. Nach fünf Tagen hielt es derselbe Arzt aber für erforderlich eine Operation vorzunehmen, er rief die Brandwunde des Kranken von neuem auf, um dann den unter furchtbaren Schmerzen Leidenden kaltblütig zu fragen, ob das was tue.

Die Gefühlsroheit einiger Schwelern und Unteroffiziere, die die Aufgabe haben, die Kranken zu betreuen trat in der Sparta-woche besonders kräftig hervor. Es wurden einige bei den Kämpfen verwundete Soldaten eingeliefert. Sie erhielten gleich den Stempel „Spartakus“ oder „Regierungsmann“. Den Sparta-Inspektoren wurde eine besondere Behandlung zuteil. So erlaubte sich der Polizeiunteroffizier Sp. dem Vater eines verwundeten „Spartakisten“ die Besuchszeit stark zu kürzen und ihn hinauszuweisen, obgleich für die Besucher aller Verwundeten der Besuch unbeschränkt ist. Und dieser Polizeiunteroffizier ist der erste Vertrauensmann der Soldaten und der Polizeiunteroffizier B. der zweite Vertrauensmann! Wie das möglich ist, daß die Soldaten ihre eigenen Unterdrücker zu ihren Vertrauensleuten wählen konnten, wird dem Außenstehenden ein Rätsel bleiben. Es erklärt sich aber aus dem raffinierten System der Günstlingswirtschaft und dem administrativen Uebergewicht, das die Polizeiunteroffiziere als Geschäftsführer den Soldaten gegenüber besitzen. Dazu kommt, daß selbst der Pastor sich als eifriger Agitator bei der Wahl der Vertrauensleute betätigt hat. Und da auch der bei der obersten Lazarettverwaltung in Tempelhof, der Bethanien untersteht, vorhandene Soldatenrat die Interessen seiner Kameraden nicht energisch vertritt, so ist es kein Wunder, daß es diesen „Vertrauensleuten“ ein leichtes Spiel ist, ihre Pöten zu behaupten. Der Soldatenrat hat nicht den Mut, die Unfälle und Beschwerden der hilflosen Verwundeten gegenüber dieser Art von Vertrauensleuten durchzusetzen. Das wundert uns nicht; er gehört der Scheidemannpartei an.

Minderwertige Arbeiter.

Bei der Firma Schwarz u. Köhlich, Waldemarstr. 55, wores Differenzen ausgebrochen anlässlich ungleicher Entlassung zweier Kollegen, Lohnsicherung usw. Vorstellungen einzelner Kollegen wurden vom Betriebsleiter in unwilliger Art abgelehnt. Dieser, der es verstanden hatte, sich die ganze Arbeitszeit reklamieren zu lassen, fertigte die Kollegen mit folgenden Worten ab: „Warum seid ihr denn ins Feld gegangen, ich habe euch doch nicht rausgeschickt“ u. a. m. Die Krone fehlte bei den Verhandlungen der Vertreter des Arbeitgeber-Schwerverbandes der Holzindustrie Herr Kallisch auf. Dieser Herr erklärte, daß diejenigen, welche vier Jahre im Felde waren, doch heute als minderwertige Arbeiter zu gelten hätten und nicht dementsprechend entlohnt werden könnten wie solche, die ununterbrochen im Beruf tätig waren.

Da sehen wir, wie den Unternehmern unter der sozialistischen Regierung Ebert-Scheidemann der Stamm schmilzt. Den Feldgrauen sollte der Ausspruch des Herrn Kallisch zu denken geben.

Falsche Stadtkassenscheine, Zwanzigmarschscheine, sind im Umlauf.

Die falschen Scheine unterscheiden sich von den echten durch folgende Fehler: 1. gefälschtes Wasserzeichen, welches viel deutlicher hervortritt als das bei den echten Scheinen. Beim Falten des Scheines gegen das Licht, sieht man oben rechts ein großes lateinisches B als Wasserzeichen, welches bei den echten Scheinen nicht sichtbar ist. 2. Feigen die echten Scheine auf der Vorderseite in der oberen rechten Ecke im roten Untergrund die Zahl 20 im kleinen Kreise, während die falschen Scheine an gleicher Stelle ein R. K. zeigen. 3. Der Strich über dem „i“ in dem Wort Zwanzig ist bei den echten Scheinen noch einmal so lang als bei den falschen Scheinen.

„Unter Kriegsrecht geöffnet.“ Die Ueberwachung des Post- und Telegraphenverkehrs mit dem Ausland besteht bekanntlich noch, hat aber nur den Zweck, die Steuerflucht zu verhindern. Es sind auch schon wichtige Anhaltspunkte für die Steuerbehörden gewonnen worden. Die Beschränkung beträgt jetzt im allgemeinen nur noch wenige Stunden. Beschlossene Sendungen aus dem Ausland müssen geöffnet werden. Sie werden mit Klebezetteln wieder verschlossen, die den Aufdruck tragen: „Unter Kriegsrecht geöffnet.“ Diese Zettel werden noch verwendet, weil von ihnen große Bestände vorhanden sind, während geeignetes Papier und guter Klebstoff schwer zu beschaffen sind.

Arbeiter-Samariter-Verein, Kolonne Groß-Berlin. 8. Abt.: Schöneberg, Vordergr. 11, Donnerstag, 13. Februar, abends 7 Uhr: Übungsstunde. — 1. und 2. Abt.: Reichsstr. 15, Montag, den 17. Februar, abends 7 Uhr: Lehr- und Übungsstunde. Gäste einwilligen freien Zutritt. Die Mitglieder werden dringend ersucht, am 17. Februar in der Reichsstr. 15 ihre Armbinden absteampeln zu lassen. Ohne Stempel sind die Armbinden den Behörden gegenüber ungültig, und müssen abgegeben werden. — Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 Uhr: Öffentlicher Lichtbildervortrag: „Revolution und Geschlechtskonflikte“, Ruffler-Säle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Lebensmittellieferanten.

Berlin. Bis Freitag, den 14. Februar, in den Bezirken Nr. 143. und 151. Protkommission und bis Samstag, den 15. Februar, in den Bezirken der 153. und 206. Protkommission pro Kopf 125 Gramm Käse.

Aus den Organisationen.

Freie Jugend Groß-Berlin, Gruppe Südwest. Am Freitag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal von Köstlich, Futtamstr. 3, ein Diskussionsabend über: „Was ist Kommunismus?“ statt.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wiese, Neuhöfen. — Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Pötenbrücker- und Verlagsanstalt m. b. H., Druckereibau 12.